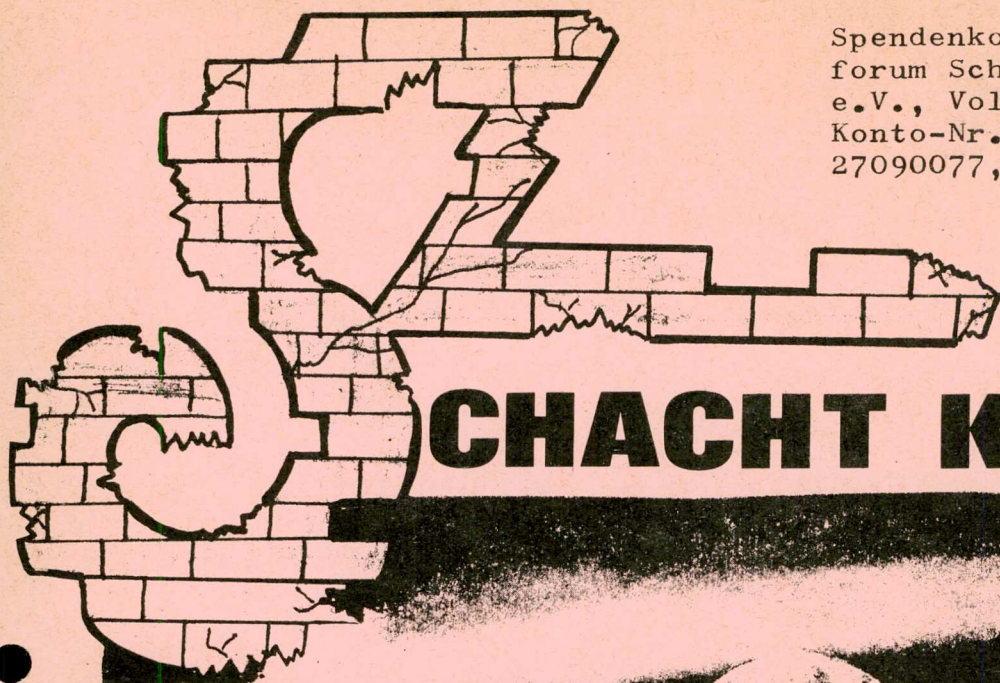


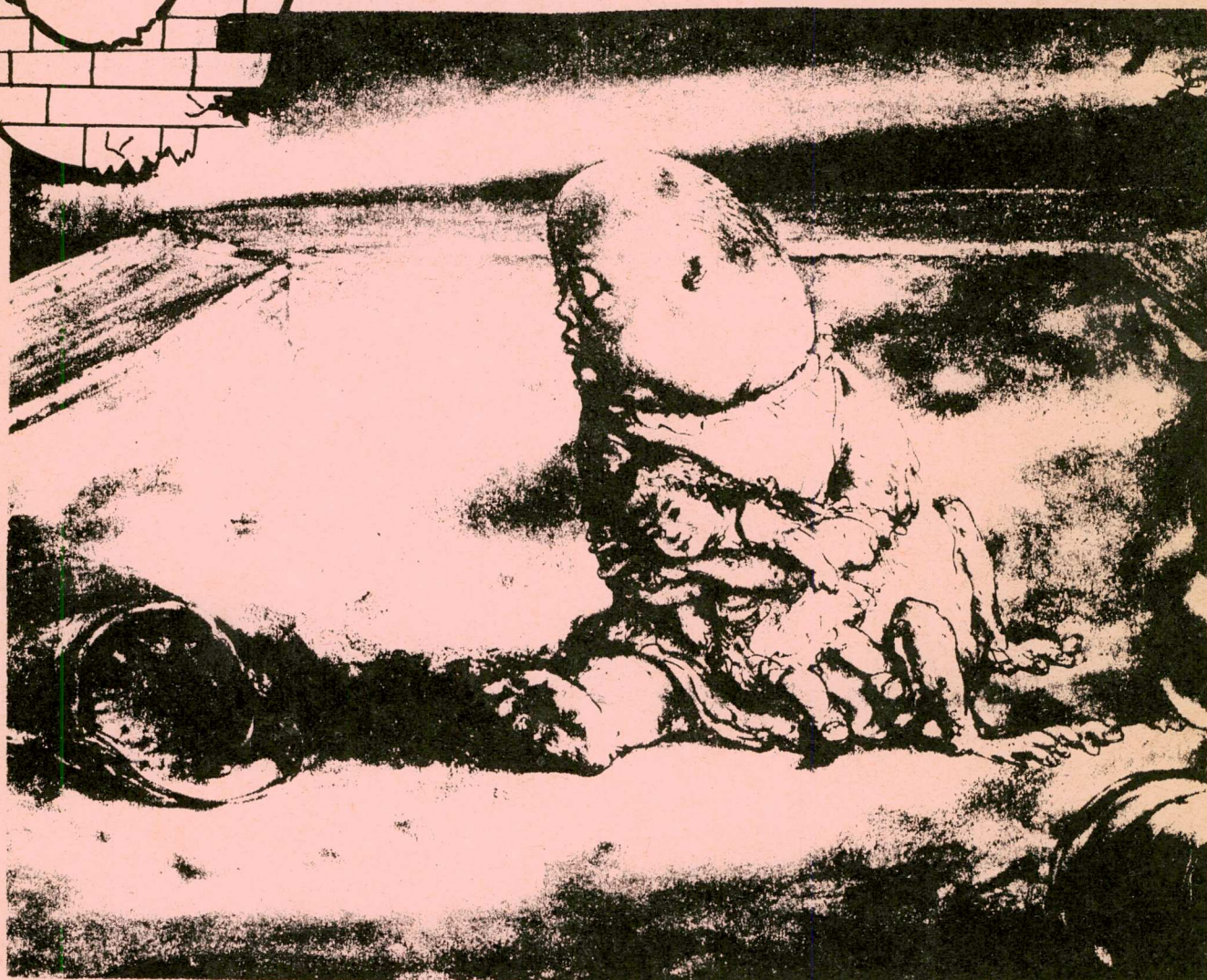
Stand: April '84

Selbstkostenpreis: **1 DM**

Spendenkonto: Umweltschutz-
forum Schacht Konrad Salzgitter
e.V., Volksbank Salzgitter 1
Konto-Nr.: 500231, Bankleitzahl:
27090077, Stichwort: Broschüre



SCHACHT KONRAD



A. Paul Weber 1963

Der Nachkomme

Das Gutachten
der Gruppe ÖKologie Hannover
in Kurzfassung

000001

Vorwort

Diese kurze Zusammenfassung der letzten Ereignisse um Schacht Konrad richtet sich an jene, die grundsätzlich an Informationen über die geplante Einlagerung von Atom Müll interessiert sind.

Was Sie hier vorfinden sind Hintergrundinformationen, die Sie in den regionalen Medien nicht finden werden, die aber wichtig sind, um mit Argumenten gegen die Befürworter atomarer Anlagen gewappnet zu sein!

Vor allem jene Verantwortlichen aus den Gemeinden Lengede und Vechelde, den Landkreisen Peine, Salzgitter und Braunschweig, die von der Physikalisch-Technischen-Bundesanstalt (PTB) am 24.2.84 zu einer vorläufigen Stellungnahme bis zum 31.5.84 zu Schacht Konrad aufgefordert wurden, sollten jede Gelegenheit nutzen, zusätzliche Informationen zu bekommen.

Das Gutachten der Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) nimmt in dieser Broschüre den meisten Raum ein, und das nicht ohne Grund.

Wir haben den Eindruck, daß das GÖK-Gutachten bisher kaum außerhalb des Umweltausschusses der Stadt Salzgitter zur Kenntnis genommen wurde. Die jahrelange Forderung nach einem Gutachten über die Untersuchungen der Gesellschaft für Strahlen und Umweltforschung (GSF) hatte nicht den Sinn, NUR diesem zu dienen, sondern sollte eine Grundlage für die Bevölkerung sein, die bisherigen Eigentumsuntersuchungen zu beurteilen und die Gefahr für uns wissenschaftlich zu begründen.

Daß es soweit kam, liegt nicht zuletzt daran, daß wissenschaftliche Untersuchungen in einer Sprache abgefaßt werden, die kaum jemand anderes als diese Wissenschaftler versteht.

Gerade deshalb behandelt die Broschüre das GÖK-Gutachten nur in dessen wesentlichen Punkten und in einer, hoffentlich, verständlicheren Sprache.

Unser Ziel ist und bleibt es, eine Verseuchung der Menschen in Süd-Ost-Niedersachsen mit radioaktiven Strahlen zu verhindern!!

- 1933 Entdeckung des Erzlagers bei der Erdölsuche.
- 1960 Schacht Konrad 1 wird mit einem Durchmesser von 7m auf eine Tiefe von 1200m abgeteuft (Bleckenstedt).
- 1962 Schacht Konrad 2 wird auf 1000m abgeteuft (liegt auf dem Hüttengelände - dient heute der Entlüftung).
- 1965 Eisenerzabbau
-1972
- 1973 Umstellung auf gleislosen Betrieb.
- 1975 Erste Voruntersuchungen auf Eignung für Atommüllagerung.
- 1976 Der Eisenerzabbau wird aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Bisher wurden 6,6Mio. t Erz abgebaut, wozu 2,5Mio. m³ Hohlraum aufgefahren werden mußten.
Seit Oktober 1976 dienen die Arbeiten unter Tage nur noch den Untersuchungen und dem Ausbau zum Endlager. Das Institut für Tieflagerung der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) und des Kernforschungszentrums Karlsruhe (KfK) untersuchen im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) die Grube. Zu diesem Zweck läuft ein Gestattungs- und Betriebsdurchführungsvertrag mit der Salzgitter AG.
- 1978 Ausdehnung der Forschungsarbeiten mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaft.
- 1979 **Oktober:** Die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) wird in Peine gegründet. Die Salzgitter AG ist zu einem Drittel Gesellschafter.
- 1980 **Februar:** Die Stadt Salzgitter beauftragt das Battelle-Institut e.V. Frankfurt mit einer Beratertätigkeit. Das Battelle-Institut ist Mitglied im Deutschen Atomforum.
- 1980 **Mai:** Die Bürgerinitiative Umweltschutzforum e.V. wird in Bleckenstedt gegründet.
- 1981 **Januar:** Veröffentlichung des Zusammenfassenden Zwischenberichtes im Rahmen einer öffentlichen Ratssitzung.
- 1981 **Juni:** Erste Demonstration mit 1500 Teilnehmern gegen das Atommüllendlager.
- 1981 **Juli:** Die Gruppe Ökologie Hannover (GÖK) unterbreitet auf Betreiben der Stadt Salzgitter ein Angebot für ein Gutachten zur Auswertung des Zwischenberichtes. Das Vorhaben scheitert an der Weigerung des BMFT, weitere Daten herauszugeben und an der Kostenfrage.
- 1981 **November:** Die bayerische Genehmigungsbehörde erteilt die 5. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG) für das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld bei Schweinfurt. Schacht Konrad wird hier bereits als Entsorgungsnachweis angeführt. Kurz darauf wird bekannt, daß sich die TEG'n für die Atommeiler Grohnde, Brokdorf und Lingen unter anderem auch auf Schacht Konrad stützen.
- 1981 **November:** Die Regionalkonferenz Südostniedersächsischer Bürgerinitiativen wird gegründet.
- 1982 **Februar:** Erstes Bundestreffen der Bürgerinitiativen in Salzgitter-Lebenstedt. Schacht Konrad bekommt einen Stellenwert in der Anti-Atomenergie-Bewegung.

Die Regionalkonferenz gibt einen Fragenkatalog heraus, der vielbeachtet und zum Teil von der GSF, dem KfK und der Stadt Salzgitter beantwortet wird.

Im Laufe dieses Jahres laufen mehrere Aktionen der Atomenergie-Gegner, die Schacht Konrad immer wieder in die Presse bringen.

1982 Juni: Vorstellung des Endberichtes.

1982 September: Die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) beantragt das Planfeststellungsverfahren.

Nach einer Veranstaltung des Bundesministeriums wird bekannt, daß die Veranstaltung von der Politischen Polizei überwacht wurde, Bandaufnahmen gemacht, Wortbeiträge und einzelne Teilnehmer registriert wurden.

1982 Oktober: Die Schachtanlage wird vorübergehend von AKW-Gegnern aus Lüchow-Dannenberg besetzt.

Großdemonstration gegen das Bundesendlager Schacht Konrad. Es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Es gibt Verletzte und Verhaftungen. Die große Teilnehmerzahl von 8000 bewirkt eine bundesweite Berichterstattung.

1982 November: Die SPD-Fraktion beschließt, die Verwaltung zu veranlassen, ein Gutachten über den Endbericht von der Gruppe Ökologie erstellen zu lassen und zu finanzieren.

1982 Dezember: Der Rat der Stadt Salzgitter beschließt mit 24 zu 23 Stimmen, das Gutachten in Auftrag zu geben.

Zu dieser Zeit kommen Gerüchte auf, daß in Salzgitter eine Wiederaufarbeitungsanlage geplant werden soll. Tatsächlich gab es Gespräche zwischen der CDU und der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK).

1983 Februar: Auf Betreiben der CDU wird der Ratsbeschluß zur Vergabe des Auftrags an die Gruppe Ökologie (GÖK) von der Bezirksregierung Braunschweig beanstandet. Das Gutachten war als außerplanmäßige Ausgabe in den Haushalt '82 genommen worden, was nach der niedersächsischen Gemeindeordnung nur für "unabweisbare" Ausgaben zulässig ist. Bis zur erneuten Abstimmung für den Nachtragshaushalt 83 im April wird die Arbeit der GÖK ausgesetzt.

1983 März: Die Prozesse gegen die Teilnehmer der Demonstration vom 30.10.82 beginnen. Fünf Personen werden freigesprochen, drei zu Geldstrafen verurteilt, zwei zu Haft bis zu 10 Monaten mit Bewährungszeiten bis zu 3 Jahren.

1983 April: Der Nachtragshaushalt wird mit 24 zu 23 Stimmen verabschiedet. Die GÖK kann weitermachen.

1983 Mai: In Salzgitter-Lebenstedt wird eine "Informationsstelle zur nuklearen Entsorgung" eingerichtet (Distelweg 1). Die PTB erwägt, über den Entlüftungsschacht Konrad 2 einzulagern.

1983 August: Mitglieder der Reaktorsicherheitskommission (RSK) bestätigen im Umweltausschuß, daß in Schacht Konrad nicht nur sogenannter 'schwachaktiver' Atom Müll eingelagert werden soll.

1983 November: Ein 44-jähriger Bergmann kommt bei einem Unfall auf der 1000m Sohle im Schacht Konrad ums Leben. Die genauen Umstände werden nicht bekannt gegeben.

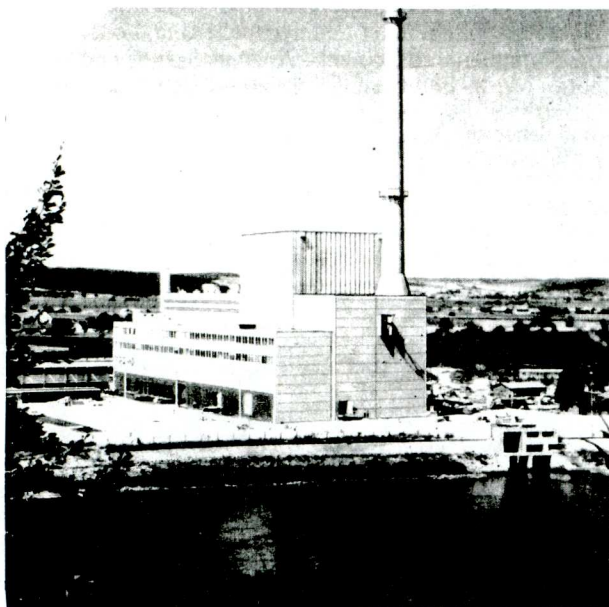
- 1983 Dezember:** Die Gruppe Ökologie (GÖK) stellt ihr Bewertungsgutachten über den GSF-Bericht im Umweltausschuß vor. Das Ergebnis: "...die Eignung der Schachtanlage Konrad..(ist) durch die Untersuchungen der GSF nicht belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nicht nachgewiesen..." Kurz darauf weist die GSF die GÖK-Kritik zurück. Später gibt auch die PTB eine gleichfalls negative Stellungnahme ab.
- 1984** Anfang des Jahres beginnen umfangreiche seismische Bodenuntersuchungen in der weiteren Umgebung des Schacht Konrad. Die Arbeiten werden in Lengede von zwei Grundbesitzern nicht geduldet und verhindert. An anderen Orten kommt es zu Beschädigungen der Meßeinrichtungen, in Osterlinde mißlingt ein Brandanschlag auf Bohrfahrzeuge.
- 1984 März:** Die PTB veröffentlicht eine Kurzfassung zum Planfeststellungsverfahren. Nun steht fest: Es soll über den Entlüftungsschacht 2 eingelagert werden. Es sollen Plutonium-haltige Feststoffe und Abfälle aus der ausländischen Wiederaufarbeitung von Brennelementen eingelagert werden. Es gibt keine Festlegung auf "schwachaktiven" Abfall.
- 1984 April:** Die GÖK sollte am 11.4. gegen die GSF im Umweltausschuß auftreten und ihr Gutachten über den Endbericht der GSF vertreten. Kurz vor dem Termin verbietet das Bundesministerium (BMFT) der GSF den Auftritt in Salzgitter.

Demontage von Kernkraftwerken

Eine Aufgabe, für die es noch kein Rezept gibt. Dennoch hat sich die Salzgitter-Gesellschaft Noell, Würzburg, diesem Problem gestellt. Sie hat den Auftrag übernommen, das stillgelegte Kernkraftwerk Niederaichbach zu demontieren. Mit neuen Techniken und Technologien wird sie diese schwierige Aufgabe lösen. Unsere Ingenieure sind sicher, daß sie nach Abschluß der Arbeiten eine grüne Wiese hinterlassen werden, auf der wieder Blumen wachsen.

- ★ Über unsere weltweiten Aktivitäten informiert Sie die Druckschrift „Salzgitter Reports“. Schreiben Sie an die Salzgitter AG, Postfach 41 11 29 3320 Salzgitter 41 Stichwort: Menschen und Technologien

Besuchen Sie uns auf der
Hannover-Messe
Salzgitter-Haus
Stahlstraße



Salzgitter

Menschen und Technologien

SGT-A 058

Einleitung

Die Schachtanlage KONRAD wird seit Mitte der 70'er Jahre auf ihre Eignung als Atommülldeponie untersucht. Dies geschah aber weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Zwar durften Besucher sich die Grube ansehen, die Lokalzeitung berichtete über Besuche durch Vereine und Minister, aber substantiell nachprüfbar und diskutierbare Aussagen über die Arbeit im Schacht kamen nicht an die Öffentlichkeit. Stattdessen wurden nur allgemeine Aussagen der untersuchenden "Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung" (GSF, mit beschränkter Haftung) in der Öffentlichkeit bekannt gemacht. Diesen Aussagen zufolge schien schon zu Beginn der Arbeiten mit ähnlicher Sicherheit festzustehen, daß KONRAD für seine neue Aufgabe geeignet sei wie nach deren vorläufigem Abschluß im Frühjahr 1982.

Die Bundesregierung erklärte auf der Grundlage des sog. Abschlußberichtes der Untersuchungen (in Wirklichkeit arbeiten sowohl die GSF als auch andere Institute noch im Schacht weiter) im Entsorgungsbericht am 30. August 1983:

"Die ehemalige Erzgrube KONRAD bei Salzgitter ist für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Abfällen aus der Beseitigung kerntechnischer Einrichtungen vorgesehen. Ihre Eignung wurde in einer eingehenden Untersuchung der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung festgestellt."

Da es um KONRAD keine - etwa mit den Entsorgungseinrichtungen in Gorleben vergleichbare - öffentliche Diskussion gegeben hatte, forderten verschiedene Bürgerinitiativen und andere Stellen eine kritische Begutachtung durch ein zweites, unabhängiges Institut. Nach mehr als zweijähriger Kontroverse beauftragte die Stadt Salzgitter schließlich die **Gruppe Ökologie Hannover** mit einer kritischen Begutachtung der bisherigen Arbeiten der GSF.

Im Gegensatz zum geforderten Gutachten, das eine eigenständige Bewertung der Schachtanlage KONRAD auf der Grundlage aller vorhandenen

Erkenntnisse beinhaltet hätte, bezog sich der Auftrag aber nur auf eine Untersuchung der Arbeiten und Ergebnisse des GSF-Abschlußberichtes von 1982.

Die Arbeitsgruppe KONRAD der Gruppe Ökologie diskutierte darum zunächst den Abschlußbericht, dann die einzelnen Abschnitte. Sie erstellte eine Liste der nach ihrer Auffassung in den einzelnen Bereichen notwendigen Arbeiten und verglich diese mit den Arbeiten, die die GSF durchgeführt hatte.

Schließlich wurden von einzelnen Fachleuten die einzelnen Untersuchungen der GSF - soweit möglich - genau nachvollzogen und überprüft. Dadurch wurden Aussagen möglich über:

- * **Die Methodik des GSF-Berichtes** (Aufbau, Auswahl der Arbeiten, Herangehensweise an die Untersuchungen etc.)
- * **Bewertung der GSF-Aussagen**
- * **Feststellung von noch notwendigen Angaben, Untersuchungen usw.**
- * **Insgesamt eine Beurteilung der Eignungsaussage der GSF**

Um Fehler und Mißverständnisse zu vermeiden und die Einsicht in weitere Arbeitsunterlagen zu erhalten, übergab die Gruppe Ökologie der GSF im März eine Liste mit Fragen. Dies war mit der Bitte verbunden, daß sich Experten beider Gruppen zu Fachgesprächen treffen sollten. Die GSF lehnte solche Expertengespräche ab und schlug stattdessen ein Treffen beider Arbeitsteams mit Vertretern der Stadt Salzgitter und der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt vor. Durch die Urlaubsplanung der GSF kam dieses Gespräch erst am 13. September 1983 zustande. Die Gruppe Ökologie überprüfte die Aussagen der GSF und arbeitete sie soweit nötig ein.

Ende Oktober hat die Gruppe Ökologie ihre 387-seitige Arbeit der Stadt Salzgitter als Auftraggeber vorgelegt und sie inhaltlich am 9. November im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter vorgetragen.

Dabei dankte die Gruppe Ökologie der Stadt Salzgitter für den Mut, ein unabhängiges Institut kritischer Wissenschaftler, das für seine ökologische Orientierung bekannt ist, während eines laufenden Verfahrens mit der Bewertung der bisherigen Arbeiten zu beauftragen. Allerdings seien die Grenzen der Möglichkeiten eng gezogen gewesen!

1) Die GSF hatte mit einem Etat von nunmehr weit über 60 Mio. DM über 6 Jahre gearbeitet, arbeitet noch, und verfügt über sehr umfassende Möglichkeiten. Die Masse ihrer Ergebnisse sind nach wie vor nicht zugänglich.

Währenddessen hatte die Gruppe Ökologie nur 6 Monate und einen Finanzrahmen von 69.500.- DM, eine begrenzte Dateneinsicht und zahlreiche zusätzliche physische und psychische Belastungen zu ertragen.

2) Zu diesen zusätzlichen Belastungen zählen:

- * der Versuch, das Gutachten durch haushaltsrechtliche Tricks zu verhindern,
- * die zögernde und zeitraubende Haltung der GSF zur kollegialen Zusammenarbeit,
- * die Abqualifizierung des Gutachtens durch die Landesregierung zu einem sehr frühen Zeitpunkt als ideologisch einseitig und damit für das Verfahren wertlos (BZ, 27.1.83),
- * die Behauptungen von GSF, PTB und Land, das Gutachten sei zum jetzigen Zeitpunkt Geldverschwendung, weil nicht der Abschlußbericht, sondern die Planungsunterlagen maßgeblich seien, diese würden laufend ergänzt.

All dies habe für die Mitarbeiter der Gruppe Ökologie zu erheblichen persönlichen Belastungen geführt. Das vorliegende Gutachten rechtfertige aber das Risiko der politischen Anfeindung und die finanzielle Belastung, dem sich die Stadt Salzgitter ausgesetzt habe.

Der Abschlußbericht der GSF erfüllt nicht die Anforderungen, die an wissenschaftliche Arbeiten zu stellen sind. Insbesondere den Anforderungen an die Sicherheit einer Atoman-

lage trägt der Bericht nicht Rechnung. Viele Punkte bleiben unklar, äußerst eignungsrelevante hat die GSF nicht im Detail untersucht. Das wichtigste Beispiel sei hier die Bestimmung des Inventars. Bei den Sicherheitsuntersuchungen hat die GSF nicht den jeweils schlimmstmöglichen Fall untersucht, was für die notwendige absolute Sicherheit erforderlich gewesen wäre. Die Störfallanalysen sind nicht abdeckend und angesichts der weitreichenden Eignungsaussagen völlig inadäquat. Aber selbst dabei seien noch Risiken heruntergespielt worden, indem zu optimistische Annahmen verwendet, bestehenden Unsicherheiten nicht ausreichend Rechnung getragen und z.T. mit nicht belastbaren Werten gearbeitet worden sei.

Die vorliegende Untersuchung rechtfertigt eine Eignungsaussage in keiner Weise. Das vorliegende Material rechtfertigt allerdings ebensowenig eine negative Aussage über die Schachanlage, wie sie vielleicht von interessierter Seite von der Gruppe Ökologie erwartet würde.

Festzuhalten ist, daß

- * die Anlage weit gefährlicher ist, als die bisherigen Aussagen haben vermuten lassen,
- * für eine definitive Aussage noch wesentliche Angaben fehlen.

Dies alles führt die Gruppe Ökologie zu der Aufforderung an die Kollegen der GSF, die Eignungsaussage zurückzuziehen, mit der ja bereits hohe Politik gemacht wird. Dies sei der erste Schritt für eine vorurteilsfreie Diskussion der Eignung von Schacht KONRAD, frei von politischem Kalkül und Sachzwängen.

**Gruppe
Ökologie**

Das Gutachten in Kurzfassung

Welchen Stellenwert hat das Gutachten der Gruppe Ökologie zu Schacht Konrad - wie ist es dazu gekommen, was war der Auftrag? Die Gruppe Ökologie hat diese Punkte in der Einleitung zu ihrem Gutachten wie folgt erläutert:

I.

Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung mbh (GSF) untersuchte von 1975 bis 1982 im Auftrag des Bundesministeriums für Forschung und Technologie die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung von schwachaktiven Abfällen und Stilleungsabfällen.

Im Juni 1982 legte die GSF einen Abschlußbericht vor, der die Beschreibung und Ergebnisse aller im Rahmen der Eignungsunterprüfung durchgeführten Forschungs- und Entwicklungsarbeiten und, soweit nach Ansicht der GSF möglich, eine daraus ableitbare Aussage im Hinblick auf die Nutzungsmöglichkeiten und die Sicherheit der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung beinhaltete. Die GSF kommt darin zu folgendem Schluß:

"Die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung stellt zum Abschluß der Eignungsuntersuchungen zusammenfassend fest, daß die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilleungsabfällen durch die vorliegenden Ergebnisse belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nachgewiesen sind." (S.21)

Die Bundesregierung hat dieser Eignungsaussage einen hohen politischen Stellenwert verliehen: Ungesichert des (seit 31. August 1982) vorauss. noch bis 1986 laufenden Planfeststellungsverfahrens beruft sie sich in ihrem Bericht an den Bundestag zur Entsorgung der Kernkraftwerke und anderer kerntechnischer Einrichtungen vom 30. August 1983 auf die Ergebnisse der GSF und stellt fest:

"Die Bundesregierung geht davon aus, daß im Jahre 1988 mit der Einlagerung in der Grube Konrad begonnen werden kann." (S.10)

In dieser Feststellung drückt sich ein sehr weitgehendes Vertrauen in die Belastbarkeit der Ergebnisse und Schlußfolgerungen der GSF aus.

Die Gruppe Ökologie Hannover wurde am 22. Dezember 1982 von der Stadt Salzgitter beauftragt, ein Gutachten zu erstellen, das die Prüfung und Bewertung des Abschlußberichtes der GSF vom Juni 1982 zum Inhalt hat.

Die Arbeiten an diesem Gutachten, das hiermit vorgelegt wird, begannen im Januar 1983 und wurden im Oktober 1983 abgeschlossen.

Die Erstellung des Gutachtens durch die Gruppe Ökologie wurde durch verschiedene Faktoren behindert und erschwert. Zu nennen sind vor allem:

1. Aufgrund einer Beanstandung des Modus der Auftragsvergabe durch die Bezirksregierung Braunschweig - ausgelöst von einer Eingabe der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Salzgitter - mußten die Arbeiten vom 23. Februar 1983 bis zum 27. April 1983 praktisch eingestellt werden.
2. Verschiedene, von der GSF erbetene Informationen zur Klärung vom im GSF-Abschlußbericht nicht ausreichend dokumentierten Punkten wurden von der GSF überhaupt nicht (z.B. Angaben zur Wasserbilanz) bzw. mit großer Verspätung (z.B. Angaben zu den Ausbreitungsrechnungen) zur Verfügung gestellt.
3. Ein Gespräch zwischen Vertretern der GSF und der Gruppe Ökologie, das die Gruppe Ökologie Anfang Mai 1983 zwecks Abstimmung in verschiedenen Detailpunkten vorgeschlagen hatte, konnte nicht, wie angestrebt, Ende Mai 1983, sondern erst in der Abschlußphase der Bearbeitung, am 13. September 1983, stattfinden.

Grund für diese Verzögerung war, daß die GSF eine entsprechende Vorbereitungszeit zu benötigen meinte.

Dennoch war es der Gruppe Ökologie möglich, den Auftrag der Stadt Salzgitter zu erfüllen. Der Abschlußbericht der GSF wurde umfassend geprüft; eine Bewertung wurde durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Arbeit werden in dem vorliegenden Gutachten dargestellt.



Das Gutachten der Gruppe Ökologie gliedert sich in Abschnitte zur Geologie, Gebirgsmechanik und Bergtechnik, Abfalltechnik, Strahlenschutz und Emissionen (1), sowie Stör- und Unfallbetrachtungen. Wir wollen in der Folge durch eine Zusammenstellung von Zitaten aus der Zusammenfassung des Gutachtens einen Überblick über seinen Inhalt geben:

Geologie

Bei der Geologie steht vor allem die Frage nach den **Grundwasserverhältnissen** im Vordergrund. Für die (Un-)Sicherheit des Endlagers ist die Lage von wasserführenden Schichten (Aquifern) und solchen mit geringer Durchlässigkeit in seiner Umgebung von entscheidender Bedeutung. Die GSF hat hier sehr ungenau gearbeitet:

Die Beschreibung der Einzelteile der geologischen Barriere (2) am Standort Konrad im GSF-Abschlußbericht ist unvollständig. Das gilt insbesondere für das obere Grundwasserstockwerk und den Hilssandstein, über die von der GSF dennoch sicherheitsmäßige Aussagen gemacht werden, aber auch für weitere Aquifere in der Unterkreide (Flammenmergel, Hauterive-Kalkstein) sowie alle Grundwasserstockwerke unterhalb des Korallenoolith-Erzes.

Angaben über Ausdehnung und Lagebeziehungen von Aquiferen und Zwischenschichten fehlen i.a. überhaupt. Stattdessen wird die abdichtende Wirkung der tonigen Kreidesequenzen mit unangemessenen Vergleichen mit entfernt liegenden Erz- oder Erdöllagerstätten beschworen.

Dabei wäre bereits bei der Beschäftigung mit den Lagerungsverhältnissen am Standort deutlich geworden, daß die von der GSF sicherheitsmäßig besonders positiv beurteilten smektitreichen (3) Alb-Gesteine nur im Nordabschnitt der Grube eine Schutzfunktion gegen Wasserzutritt in das Endlager von oben wahrnehmen können. Im Süden werden sie von wassergefülltem Hilssandstein unterlagert, der hydraulisch wirksam mit der Oberfläche verbunden ist.

Die GSF hat auch bei den **Messungen von Gesteinseigenschaften** sehr ungenau und wissenschaftlich unsauber gearbeitet:

Auch Mitteilungen über Ziel und Aussagekraft der angewendeten Methoden sowie Repräsentativität und Zustand der Proben fehlen im GSF-Abschlußbericht weitgehend. Mit Ausnahme der in der Grube aufgeschlossenen Einheiten stammen die Proben aus der Zeit des Schachtabteufens und sind daher wegen Auflockerung oder Verwitterung für die Ermittlung von Eigenschaften, die auch für den Gesteinsverband gültig sind, i.a. ungeeignet. Untersuchungen zur Wasserdurchlässigkeit der Gesteine und zum Sorptionsvermögen (4) gegenüber Radionukliden (5) sind sogar ausschließlich an Proben aus Schacht Konrad 1 durchgeführt worden. Nach welchen Gesichtspunkten die Proben für bestimmte Untersuchungen ausgewählt wurden, wird i.a. nicht mitgeteilt.

Die Darstellung der Untersuchungsergebnisse erfolgt nicht nach den Gesteinstypen der Schichtfolge geordnet, sondern nach Methoden. Ein Vergleich der Ergebnisse verschiedener Untersuchungsmethoden untereinander und mit petrographischen (6) Eigenschaften ist daher i.a. nicht möglich. Die von der GSF aus diesen Ergebnissen gezogenen Schlußfolgerungen

rungen sind daher oft nicht nachvollziehbar oder überprüfbar.

Die Überlegungen der GSF zur **Wasserbilanz** der Grube sind lückenhaft und nicht ausreichend:

Die im GSF-Abschlußbericht enthaltenen Daten lassen keine Aussagen über die aus dem Gebirge in die Grube zutretenden Mengen an Tiefen-Grundwasser zu, weil sich alle Men-

Grundwasser zu, weil sich alle meßbaren Mengen aus Grundwasser und Brauchwasser zusammensetzen. Der Anteil von Grundwasser, der die Grube über Klüfte verläßt, ist ebenfalls unbekannt. Versuche, die Neubildungsrate zu bestimmen oder abzuschätzen, hat die GSF nicht unternommen.

Die GSF-Aussage, wonach die Grube austrockne, ist unzutreffend. Vielmehr hat sich die durch Pumpen oder mit dem Wetterstrom aus der Grube ausgetragene Wassermenge seit Anfang 1980 nicht mehr verändert. Die von der GSF für Mengenschwankungen des in den Pumpensümpfen anfallenden Wassers genannten Gründe (Nachlassen der Zuflüsse von Spülversatzwasser, zusätzlicher Wasserverbrauch durch Maschinen) können wegen zeitlicher Diskrepanzen zwischen Ursache und Wirkung nicht (allein) zutreffen.

Vorstellungen darüber, wie sich das Wasser heute oder nach Vollaufen der Grube im Grubengebäude bewegt, oder wie lange das Vollaufen der nach Einlagerungsende verbleibenden Hohlräume dauern wird, hat die GSF nicht entwickelt. Entsprechende Rechnungen zeigen, daß wegen des langen Sicherstellungszeitraums selbst geringste Zuflußmengen an tiefem Grundwasser von Bedeutung sind.

Gebirgsmechanik und Bergtechnik

Im Rahmen der gebirgsmechanischen Untersuchungen hätte die GSF vor allem die Rolle der **Konvergenz** (d.h. des allmählichen Verschließens der Hohlräume durch Gebirgsdruck) genau untersuchen und deren Zeit-

verlauf exakt erfassen müssen. Gerade die wichtigsten Punkte hat sie aber vernachlässigt:

Die von der GSF angestellten Untersuchungen und Überlegungen zur Konvergenz sind dadurch gekennzeichnet, daß nirgendwo ein Zusammenhang zwischen der Konvergenz und ihrer Wirkung als Antriebsmechanismus zur Ausbreitung kontaminierten (7) Wassers aus dem möglicherweise abgesoffenen Endlager hergestellt wird. Gerade die Klärung dieses Zusammenhanges stellt den sicherheitsrelevanten Punkt bei diesen Untersuchungen dar. Die GSF hat die Konvergenz offensichtlich allein unter dem Gesichtspunkt der bergmännischen Beherrschbarkeit der Gruben Hohlräume betrachtet; diese ist durch die Erfahrung bei der betrieblichen Erzgewinnung schon nachgewiesen.

Weiterhin hat die GSF sich bei der Abschätzung des zeitlichen Verlaufs der Konvergenz allein auf Daten gestützt, die aus einem engbegrenzten Bereich des Grubengebäudes stammen (v.a. Strecke 672). Eine vorbehaltlose Übertragung der dort gewonnenen Ergebnisse auf den übrigen Grubenbereich bzw. auf noch aufzufahrende Einlagerungsfelder ist im Rahmen einer Eignungsuntersuchung nicht statthaft. Darüber hinaus hat die GSF bestimmte Vorgänge, die v. a. nach einem Wasserzutritt in die Grube auf der Konvergenzverhalten einwirken könnten, nicht betrachtet.

Auch die Frage der **Schachtverfüllung**, eines der wichtigsten bergtechnischen Probleme, ist nicht mit dem nötigen Tiefgang behandelt worden:

Die beiden Schächte des Grubengebäudes (neben den von der GSF nicht ausführlich betrachteten drei im Grubengelände stehenden Tiefbohrungen) stellen die einzige direkte Wegsamkeit durch die Barriere Deckgebirge dar. Ihre langfristig wirksame wasserdichte und standsichere Verfüllung ist deshalb eine wichtige Voraussetzung für die positive Eignungsaussage. Dieser entscheidende Sachverhalt ist von der GSF nicht geklärt worden. Das von der GSF vorgestellte Verfüllkonzept besitzt

einen rein modellhaften Charakter und kann höchstens als Vorschlag für die Schachtverfüllung angesehen werden. Die GSF hat weder die Verfüllmaterialien spezifiziert (8), noch beruhen ihre Standsicherheitsberechnungen auf Voraussetzungen, deren Erfüllung nachgewiesen ist. Darüber hinaus hat die GSF sich nicht mit dem Problemkreis der Langzeitsicherheit der verfüllten Schächte beschäftigt (z.B. Einfluß korrosiver (9) Gebirgswässer auf die Schachtverfüllung).

Abfalltechnik

Die Ausführungen zu den einlagern-den **Abfällen** gehören zu den ungenauesten und schlampigsten Teilen des GSF-Abschlußberichtes. Eine umfassende Beschreibung der Abfälle wird nicht gegeben, weder nach dem Radionuklidgehalt, noch nach den zu erwartenden Mengen an einzelnen Anfallsorten. Die Gruppe Ökologie dazu:

Diese Mängel an Tiefgang und Detaillierung im Abschlußbericht der GSF müssen umso mehr überraschen, als durchaus Daten vorhanden sind, die genauere Bestimmungen von Abfallmengen und Radionuklidinventaren (10) ermöglichen. Im Rahmen der Arbeit an dem vorliegenden Gutachten hat die Gruppe Ökologie das geleistet, wozu die GSF in ihren mehrjährigen Untersuchungen offenbar nicht in der Lage war:

Die einzelnen Abfallarten werden beschrieben: das Radionuklidinventar und sein zeitlicher Verlauf werden angegeben. Darüber hinaus wird für drei mögliche Einlagerungsszenarien (nur schwachaktive Anfälle; schwach- und mittelaktive Abfälle mit Wiederaufarbeitungsabfällen) eine genaue Aufschlüsselung der Zahl der einzulagernden Gebinde nach Abfallart vorgenommen und jeweils ein Gesamtinventar für eine Einlagerungskammer angegeben.

Auch die Betrachtungen der GSF zum Strahlenschutz der Arbeiter sowie der Abgaben von Radionukliden sind unzureichend.

Strahlenschutz und Emissionen

Zum **Strahlenschutz** z. B. stellt die Gruppe Ökologie fest: Die Ermittlung der Strahlenexposition (11) des Einlagerungspersonals berücksichtigt nicht sämtliche relevanten Belastungsquellen. Der Fall der Hantierung von (nichtentdeckten) beschädigten Gebinden wird nicht betrachtet; die mittlere Oberflächendosisleistung (12) der Gebinde ist u. U. zu niedrig angenommen; die Voraussetzung der GSF, daß der Betriebsablauf störungsfrei sei, ist nicht realistisch. Im GSF-Abschlußbericht wird daher die Strahlenbelastung des Personals möglicherweise unterschätzt.

Stör- und Unfallbetrachtungen

Bei den **Stör- und Unfallbetrachtungen** wollte die GSF beweisen, daß unzulässige Aktivitätsfreisetzungen aus dem Endlager nicht stattfinden. Schon vom Ansatz her sind ihre Untersuchungen dazu aber nicht geeignet:

Um diesem Aspekt zu genügen, wäre folgende Vorgehensweise erforderlich gewesen: Am Anfang muß eine Erfassung des gesamten Spektrums möglicher Ereignisse stehen, die zu gegenüber dem Normalbetrieb erhöhten Freisetzungen radioaktiver Stoffe in die Umgebung führen könnten. Als zweiter Schritt hat eine Auswahl von "abdeckenden" Stör- und Unfällen zu erfolgen; d.h. es sind jene Ereignisse auszuwählen, die zu den schlimmst-möglichen Auswirkungen führen. Dabei ist im einzelnen der Nachweis zu führen, daß diese Fälle in ihren Wirkungen tatsächlich unter keinen Umständen von anderen übertroffen werden können. Schließlich muß eine genaue Untersuchung der ausgewählten Ereignisse folgen, wobei durchgängig von nachweislich konservativen bzw. pessimistischen Annahmen auszugehen ist. Erst wenn sich dabei zeigt, daß in jedem untersuchten Falle unzulässige Auswirkungen ausgeschlossen werden können, ist eine positive Aussage zur Sicherheit möglich.

So werden z.B. **Brände** als Risikofaktor von der GSF nur in verharmlosender Form diskutiert:

Die Diskussion des Brandverhaltens der radioaktiven Abfälle ist unvollständig. Für das Szenario "Fahrzeugbrand unter Tage" wurde schwachaktiver Abfall aus Landes-sammelstellen ausgewählt, obgleich schon bei Betrachtung von schwach-aktivem Abfall aus der Wiederaufarbeitung erheblich größere Freiset-zungen auftreten. Auch für die Bil-dung von Schwebstoffen, die radio-aktive Teilchen enthalten, sowie de-ren teilweise Rückhaltung bei der Ausbreitung durch das Strecken-Schacht-System werden von der GSF optimistische Werte eingesetzt.

Eine konservative Betrachtung zeigt, daß bei Brand unter Tage Strahlen-belastungen auftreten können, die um viele Größenordnungen höher lie-gen als die von der GSF berechne-ten. Auch bei Inhalation in 300m Entfernung werden die Grenzwerte nach Strahlenschutzverordnung z.T. weit überschritten. Nach offiziellem Sprachgebrauch handelt es sich da-her z.T. um **Unfälle**, und nicht um Störfälle.

Es ist daher für die Umgebung des Endlagers die Erstellung eines **Kata-strophenplanes** (Evakuierungsmaß-nahmen usw.) zu fordern.

Die Sicherheitsdiskussion der GSF bleibt weit hinter diesem Standard zurück und kann nicht zur Begrün-dung einer Eignungsaussage heran-gezogen werden.

Ebensowenig kann die GSF die Lang-zeitsicherheit des Endlagers nach-weisen. Die Gruppe Ökologie benennt verschiedene Fehler und Irrtümer, so z.B.:

Bei der Auswahl der bei den Aus-breitungsrechnungen zu betrachten-den Radionuklide wurden wichtige Stoffe (z.B. Jod-129) ignoriert, die z.T. selbst nach den (niedrigen) Inventarannahmen der GSF in nicht

vernachlässigbarer Menge vorhanden sind.

Die im GSF-Abschlußbericht am um-fangreichsten dokumentierte Modell-rechnung (Ausbreitung im Schacht, D5.2.2) enthält einen Umrechnungs-fehler, durch den die am oberen Schachtende auftretenden Maximal-konzentrationen stark unterschätzt werden (max. um den Faktor 2000).

Im Widerspruch zu den Aussagen der GSF ist auch nicht schlüssig bewie-sen, daß diese Rechnungen vom An-satz her über-konservativ (13) sind und zu Ergebnissen führen, die um einige Größenordnungen zu hoch lie-gen (ganz abgesehen davon, daß dies z.T. allein durch die Korrektur des genannten Rechenfehlers schon ausgeglichen würde): Die Faktoren, die die GSF in ihren Rechnungen nicht berücksichtigt, und die nach ihrer Meinung stark konzentrations-mindernd bzw. ausbreitungshemmend wirken werden, wurden bei den Rechnungen der Gruppe Ökologie z. T. berücksichtigt (Löslichkeitsgren-zen, dichtere Schachtverfüllung), z. T. sind sie unrealistisch (z.B. dichte Dämme, erhöhte Sorption in der Streckenverfüllung).

Es überrascht daher nicht, daß die Ergebnisse der Gruppe Ökologie von denen der GSF etwas abweichen: Bei sämtlichen betrachteten Radionu-kliden ergeben sich Überschreitungen der maximal zulässigen Konzentra-tion am oberen Schachtende - in je-dem Falle auch bei Annahmen, wie sie auch von der GSF getroffen wur-den.

Bei technetium-99, Jod-129 und Nep-tunium-237 wird der gesetzliche Grenzwert auch noch bei Ausbrei-tungsgeschwindigkeiten überschrit-ten, die (z.T. erheblich) **unter** den von der GSF betrachteten Geschwin-digkeiten liegen.

Auch für die Zeit nach der Schlies-sung der Grube kann die GSF somit nicht belegen, daß die unzulässigen Freisetzungen von Radionukliden auszuschließen sind. Konservative Betrachtungen auf der Basis der

auch von der GSF benutzten Modelle deuten auf das Gegenteil hin.

Zusammenfassung

Die Gruppe Ökologie faßt die Ergebnisse ihrer Bewertung des GSF-Abschlußberichtes wie folgt zusammen:

Die Gruppe Ökologie Hannover stellt zum Abschluß ihrer Begutachtung der Ergebnisse der Eignungsuntersuchung der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung zusammenfas-

und Umweltforschung zusammenfassend fest, daß die Eignung der Schachanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen und Stilllegungsabfällen durch die Untersuchungen der GSF nicht belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nicht nachgewiesen werden. Dies gilt verstärkt für andere Arten radioaktiver Abfälle.

Bei den Untersuchungen der GSF wurden unangemessene Methoden verwendet, Daten einseitig interpretiert und wichtige Bereiche nicht untersucht. Nach konservativen Sicherheitsbetrachtungen auf der Grundlage der Modellrechnungen der GSF sind unzulässige Radionuklidfreisetzungen aus dem Endlager nicht auszuschließen.



Schlußbemerkung zum Gutachten

Das Urteil, das die Gruppe Ökologie über die Arbeit und die Arbeitsweise der GSF fällt, ist vernichtend. Zu begrüßen ist sicherlich auch, daß die Gruppe Ökologie nicht mit allen Mitteln versucht hat, die Ergebnisse zu 'schönen', und keinen Negativbeweis für ein Endlager Konrad aus dem Hut zaubert, ohne ihn materiell begründen zu können.

Der Beweiszwang, daß eine sichere Endlagerung möglich ist, liegt nun wieder auf Seiten der GSF und ihrer Auftraggeber.

Der offenen sachlichen Kontroverse über die wissenschaftlichen und politischen Fakten steht also nichts im Wege, außer der auf Makulatur begründeten Eignungsaussage der GSF zu Konrad.

Das Gutachten der Gruppe Ökologie gibt den an einem Eignungsnachweis interessierten Stellen sogar noch einen Leitfaden zur weiteren Arbeit in die Hand, zu der sie selbst offenbar nicht fähig waren.

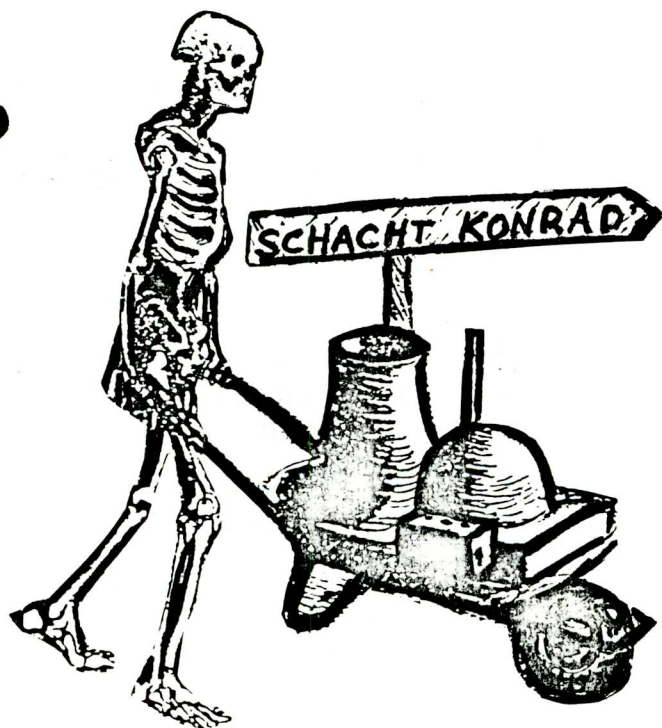
Man wird aber nicht umhinkommen zu prüfen, ob die aufwendigen, aber in weiten Bereichen nutzlosen Untersuchungen der GSF nicht eine horrende Steuerverschwendung gewesen sind. Es mag als Ironie der Sache anzusehen sein, daß ausgerechnet ein Gutachten, dessen Erstellung von interessierter Seite als Geldverschwendung bezeichnet wurde, dies an den Tag gebracht hat.

In der weiteren Diskussion wird darüber hinaus zu beachten sein, daß weitere Fragen der Sicherheit, die die GSF gänzlich ausgeklammert hat, berücksichtigt werden. Hierzu gehören die Risiken des Antransportes der einzulagernden Stoffe oder die Frage, was im Falle von Betriebsstörungen mit dem obertägigen Eingangslager passiert. Weder bei einer längeren, und schon gar nicht bei einer kurzfristigen Unterbrechung der Einlagerung wird es möglich sein, die weitere Anlieferung von Müll zu unterbrechen. Also wird sich der Müll über Tage stauen,

dies dürfte ein Gefahrenherd sein, obwohl allenthalben beschworen worden ist, daß das Eingangslager nur ein 'Puffer'-, kein Zwischenlager ist.

Das Gutachten der Gruppe Ökologie wirft darüber hinaus noch sehr viel weitergehende Fragen auf:

- Wie weit ist öffentlichen Forschungseinrichtungen zu trauen, wenn sie ein von der Bundesregierung vorgegebenes Ziel verfolgen?
- Wo ist die Grenze zwischen seriöser wissenschaftlicher Arbeit und Auftragswissenschaft?
- Bedarf es jeweils erst der kritischen Bewertung offizieller Arbeiten, bis die Wahrheit ans Licht kommt?
- Hat es Methode, daß sich politisch
- Hat es Methode, daß sich politisch Verantwortliche Forschungsberichte schreiben lassen, die weitreichende technologische Entwicklungen rechtfertigen sollen?
- Wie sieht es in anderen Bereichen aus?
- Ist den komplexen Entwicklungen überhaupt noch mit den herkömmlichen Arbeitsmethoden von Wissenschaft und Technik beizukommen?



Selbstdarstellung der Gruppe Ökologie Hannover:

Die offizielle Wissenschaft ignoriert viele brennende Fragen. Heikle Themen werden oft von Vertretern wirtschaftlicher und politischer Interessen unterdrückt oder beschönigend dargestellt. In der Kontroverse um die Atomenergie in den letzten Jahren wurde das besonders deutlich.

Dagegen setzen betroffene und engagierte Menschen in immer größer werdender Zahl eine neue Denk- und Lebensweise: Die menschlichen Eingriffe in die Natur müssen so gestaltet werden, daß unsere natürlichen Lebensgrundlagen heute und auch zukünftig erhalten bleiben.

Die Gruppe Ökologie hat sich zusammengefunden, um in Unabhängigkeit von Behörden, Parteien, Industrie und offiziellen Großforschungszentren für die Ziele des Umwelt- und Naturschutzes, für eine sinnvolle Energie- und Rohstoffpolitik und eine ökologisch orientierte Gesellschaft arbeiten zu können. Sie besteht als Arbeitsgruppe seit Juli 1979, als selbständiges Institut seit 1. Januar 1981.

Arbeitsgebiete und Organisationsform der Gruppe Ökologie

Die kritische Auseinandersetzung mit der Nutzung der Atomenergie, insbesondere der Atommüllproblematik (Wiederaufarbeitung, Zwischenlagerung, Endlagerung, Transport) ist eines unserer Hauptarbeitsgebiete. Der zweite wichtige Schwerpunkt ist der Themenkreis ökologischer Landbau, Rückstandsbelastung von Nahrungsmitteln und ökologisch orientierte Regionalplanung. Hier sind wir auch in der nicht-wissenschaftlichen Praxis tätig: Parallel zu einem Forschungsprojekt betreiben wir die Organisation einer Erzeuger-Verbraucher-Kooperative mit Städtern aus Hannover und Landwirten aus Lüchow-Dannenberg, die auf biologischen Landbau umstellen wollen.

Ab Anfang 1984 werden wir uns im Rahmen eines neuen Arbeitsschwerpunktes neben dem Atommüll auch mit dem Giftmüll und der von diesem ausgehenden Grundwasserverschmutzung befassen.

Unser Name weist auf das Prinzip kollegialer Gruppenarbeit hin: Form und Inhalte unserer Arbeit sind für uns untrennbar verknüpft. Daher versuchen wir, hierarchische Organisationsformen zu vermeiden und wichtige Entscheidungen gemeinsam zu fällen. Unsere Tätigkeit wird durch ein wissenschaftliches Kuratorium, einen Beirat (dem u.a. Vertreter aus Bürgerinitiativen, Umweltschutzorganisationen usw. angehören) und den Förderkreis Ökologie unterstützt.

Finanzierung der Gruppe Ökologie

Die Arbeit der Gruppe wird durch Gutachten, Forschungsprojekte, Vortragshonorare, Verkauf von Publikationen etc. nur zum Teil finanziert. Da wir auch besorgte und betroffene Bürger unterstützen wollen, denen eine Vergütung nicht möglich ist, sind wir auf Förderbeiträge und Spenden angewiesen. Dem Förderkreis

Spenden angewiesen. Dem **Förderkreis Ökologie** kann jede/r beitreten, der unsere Ziele teilt. Sie/er erklärt sich zur Zahlung eines jährlichen oder monatlichen Beitrags in selbst festzulegender Höhe bereit. Die Gruppe Ökologie ist ein als gemeinnützig anerkannter Verein, Spendenbescheinigungen können ausgestellt werden.

Wichtige Publikation der Gruppe Ökologie im Jahre 1983:

Atomtransporte, von J.Kremmler und J. Stellpflug. Herausgegeben gem. Greenpeace Deutschland. Januar 1983



Ökologischer Landbau (Informationen von Praktikern für Verbraucher), von U.Ahrenhöfer, A.Lange, C.Thimm u.a.. Herausgegeben gem. mit BUND Niedersachsen. Februar 1983

Bericht Wiederaufarbeitung 2 (Darstellung und kritische Wertung der Technologie, Sicherheit und energiepolitischen Bedeutung der Wiederaufarbeitung), von einem Autorenkollektiv. Herausgegeben gem. m. Naturwissenschaftlergruppe NG350, Marburg. Juli 1983 (Bericht Wiederaufarbeitung 1 erschien Mai 1982.)

Gutachten zum Abschlußbericht der GSF über die Untersuchung von Schacht Konrad als Endlager für radioaktive Abfälle, von einem Autorenkollektiv. Erstellt im Auftrag der Stadt Salzgitter. November 1983

Sicherheitsprobleme der Endlagerung radioaktiver Abfälle im Salz (Beschreibung der Konzepte, Mängel und Grenzen von Sicherheitsanalysen, Diskussion von Schutzziele und Kriterien), von H.Hirsch und J.Kreusch. Erscheint in der Schriftenreihe der Max-Himmelheber-Stiftung, Ende 1983/Anfang 1984.

Gruppe Ökologie

Institut für ökologische Forschung und Bildung e.V.
Immengarten 31, 3000 Hannover 1,
Tel. 0511/696 31 30
PSchkto. Nr. 624 33-301, PSchA Hannover, BLZ 250 100 30

Wissenschaftliches Kuratorium:

Dr. Rosalie Bertell, Toronto (Mathematikerin)
Prof.Dr. K.Buchwald, Hannover (Ökologie, Landschaftsplaner)
Prof.Dr. E.Grimmel, Hamburg (Geomorphologe)
Dr. M.Grupp, Lodève (Physiker)
Prof.Dr. R.Kickuth, Kassel (Öko-Chemiker)
Prof.Dr. Inge Schmitz-Feuerhake, Hannover (Physikerin)
Dr. Alice Stewart, Birmingham (Medizinerin)
Dr. Gordon Thompson, Cambridge/Mass. (Physiker)

Stellungnahme der GRÜNEN

Das hier vorgestellte Bewertungsgutachten der GÖK zeigt Unterschiede in den Untersuchungsergebnissen zur GSF. Sie sind nicht verwunderlich, wenn man folgendes bedenkt:

- * in der GÖK arbeiten nur freie und unabhängige Wissenschaftler;
- * in der GSF arbeiten Wissenschaftler des Bundes;
- * Schacht Konrad wird heute schon als Entsorgungsnachweis für im Bau und in Planung befindliche AKW's genannt (Der Bund darf Atomkraftwerke erst dann genehmigen, wenn er die **Beseitigung** des Atommülls sichergestellt hat).

Hier wird deutlich:

Die Eignungsaussage der GSF ist keine wissenschaftliche, sondern eine politisch notwendige Aussage. Wissenschaft wird hier zur Durchsetzung politischer und wirtschaftlicher Ziele mißbraucht.

Ein so rücksichts- und verantwortungsloses Handeln auf Kosten heutiger und zukünftiger Generationen muß schonungslos aufgedeckt und verhindert werden. Die Rücksichtslosigkeit der Verantwortlichen gipfelt in der Informationspolitik. So wird die endlich ins Auge gefaßte Diskussion zwischen wissenschaftlichen Vertretern der GÖK und der GSF im Umweltausschuß der Stadt Salzgitter von höchster Stelle (Bundesministerium für Forschung und Technologie) als sinnlos erachtet und demzufolge abgeblockt. Damit wird in Bonn diktiert, welche Diskussionen in Salzgitter geführt werden sollen.

Von Betreibern und Berfürwortern wird die Bevölkerung einseitig informiert, wie mit jedem x-beliebigen Produkt in der Werbung. Ein Besuch im AKW "überzeugt".

Arbeitsplatz Konrad

Es steht jetzt schon fest: Die Einrichtung von Schacht Konrad als Endlager wird eine Arbeitsplatzvernichtung in Salzgitter auf keinen Fall aufhalten. Es werden nur ca. 50 neue Arbeitsplätze geschaffen. Wieviele aber durch das Endlager vernichtet werden, ist nicht abzusehen.

Oder sollte etwa die Arbeitsplatzvernichtung in dieser Region gewollt sein (s. P+S, SMAG oder MAN), um Atomenergie durchsetzbar zu machen?

Übertrieben? Panikmache?

Zusammenfassend und abschließend kann gesagt werden:

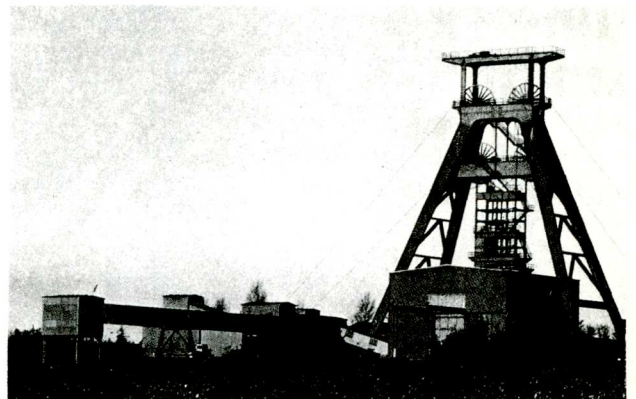
- * Die von der GSF gemachte Eignungsaussage zu Schacht Konrad ist durch das GÖK-Gutachten nicht mehr gerechtfertigt.
- * Der GÖK ist es zu verdanken, daß Mängel und Fehler des GSF-Gutachtens aufgezeigt werden in:
 - Versuchsplanung
 - Versuchsdurchführung
 - Versuchsauswertung

z.B. im Hinblick auf Wasser, Gebirgsmechanik und Ausbreitungsuntersuchungen.

Es ist ein weiterer Verdienst der GÖK, aufgezeigt zu haben, welche Probleme von der GSF nicht berücksichtigt bzw. noch nicht einmal erkannt wurden:

- * Störfälle über Tage
- * schwerste Unfälle über und unter Tage
- * Transportprobleme
- * menschliche und technische Fehler an vorgeordneten Stellen
- * Beseitigung von radioaktiv verstrahltem Wasser.

Die Stadt Salzgitter war also gut beraten, das GSF-Gutachten von der GÖK bewerten zu lassen. Die Verantwortlichen wären noch besser beraten, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.



Schacht Konrad 1 der Schachtanlage Konrad (bei Salzgitter-Bleckenstedt)

Befürchtungen aus landwirtschaftlicher Sicht

Die Landwirtschaft und die in ihr beschäftigten Menschen befürchten, daß durch die Inbetriebnahme des Schachtes Konrad als Endlager für radioaktiven Abfall folgende elementare Forderung nicht erfüllt werden kann:

Das Bewahren der Biosphäre vor nuklearer Belastung, um Schäden am menschlichen Leben über den Kreislauf Luft, Wasser, Boden, Pflanze und Tier abzuwenden und damit auch die Verantwortung für zukünftige Generationen übernehmen zu können.

Man muß davon ausgehen, daß es nicht vollkommen möglich ist, eine dauerhafte Isolierung radioaktiver Abfälle von der Biosphäre zu gewährleisten. Emissionen über Abluft und Wasser auch bei Unfällen über und unter Tage und während des Transports sind zu befürchten und damit eine Kontaminierung der ohnehin hier schon sehr belasteten Luft durch Stäube aus dem Hüttenwerk. Durch die Langlebigkeit dieser radioaktiven Nuklide ist eine Dauerbelastung möglich. Es ist nachgewiesen, daß bei einer zusätzlichen linearen Belastung von 8 mrem radioaktiver Strahlung Knochenschäden aufgetreten sind. Es gibt keine Toleranzdosis. Überproportionale Schädigungen auch bei niedriger Strahlendosis sind möglich. Nach den Berechnungen der Gruppe Ökologie, Hannover, wurde allein bei 6 Radionukliden eine z.T. zigtausendfach höhere Überschreitung der Grenzwerte ermittelt, als die Berechnungen der GSF ergaben, was doch zu denken geben muß. Durch die Langlebigkeit und Gefährlichkeit verschiedener radioaktiver Stoffe liegt eine schwere Hypothek für kommende Generationen auf unseren Höfen.

Aus dem Gutachten der Gruppe Ökologie, Hannover, geht auch hervor, daß die Untersuchungen der GSF beim Inventar sehr ungenau und fahrlässig durchgeführt wurden. So macht die GSF nur allgemeine Anga-

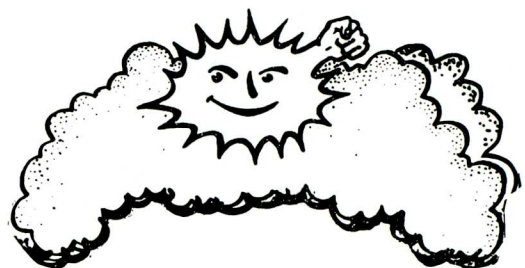
ben über das einzulagernde Inventar und dessen Abfallklassifizierung, somit auch keine genauen Angaben über die darin enthaltenen Radionuklide. Es fehlen auch Berechnungen über den Zeitverlauf der Aktivität. Nur so ist doch eine genaue Einschätzung der Gefährdung durch das Endlager möglich. Man muß annehmen, daß die GSF bei der Aussage über die Zusammensetzung des einzulagernden Atommölls sich ganz bewußt nicht festlegen wollte.

Es gibt keine Pläne für den Katastrophenfall, auch wurden die Auswirkungen von Bränden oder Unfällen im Pufferlager über der Erde nicht untersucht. Völlig unbeantwortet bleibt auch die Frage nach der Haftung bei einer eventuellen Verseuchung unserer Böden oder des Wassers, was ja bei einem eventuellen Unfall im Bereich der Möglichkeiten liegt.

Auch der Transport der anfallenden großen Atommöllmengen durch das Stadtgebiet und die damit verbundene große Unfallgefahr ist bis jetzt weder untersucht noch diskutiert worden.

Es ist unverständlich, daß hier im Stadtgebiet eine Technologie betrieben werden soll, die noch im Erprobungsstadium steht und kommenden Generationen die Möglichkeit nimmt, diese Entscheidungen zu revidieren. Das Bewertungsgutachten hat uns bestätigt, daß es noch viele ungelöste Probleme gibt.

Umweltschutzforum
Schacht Konrad e.V.



Atommüll für Arbeitslose ?!

Salzgitter stellt als größtes Industriezentrum Südniedersachsens über 50.000 industrielle Arbeitsplätze bereit. Größte Arbeitgeber sind die Salzgitter AG und große Betriebe wie VW, MAN, Linke-Hoffmann-Busch, Blaupunkt und Odermark. Eine weitere wichtige Rolle spielen die landwirtschaftlichen Betriebe und die sog. mittelständischen Betriebe. Die gesamte Infrastruktur ist mit den industriellen Erfordernissen gewachsen und entsprechend gut ausgebaut.

Die Stadt lebt sozusagen von der Industrie, die Bevölkerung ist daher gewohnt und bereit, mit gewissen nachteiligen Erscheinungen der Industrialisierung zu leben. Das gilt besonders in Zeiten schwacher Konjunktur und hoher Arbeitslosigkeit - derzeit beträgt diese in Salzgitter 15%.

Ende 1983 sind eine Reihe von beabsichtigten Betriebsschließungen und Belegschaftsreduzierungen bekannt geworden:

- So sollen 1984 1200 Arbeitsplätze bei MAN beseitigt werden, langfristig droht die Werksschließung.
- VW plant eine Umstrukturierung im Motorenbau (Rumpfmotoren- statt Komplettmotorenfertigung), die rund 1000 Arbeitsplätze in Salzgitter überflüssig machen wird.
- Die Stahlwerke P+S der Salzgitter AG sollen durch Beseitigung von 3250 Arbeitsplätzen dem schrumpfenden Stahlabsatz angeglichen werden.

Für 1984 erwartet die Stadt Salzgitter eine Arbeitslosenrate von 18% (Salzgitter Zeitung (SZ), 11.11.83). Daher bemühen sich Landes- und Stadtpolitiker, in Salzgitter neue Betriebe anzusiedeln. Die offizielle Version dieser Bemühungen mündet in die Forderung nach "Ersatzarbeitsplätzen". Dabei ist man natürlich nicht wählerisch, wenn sich nur ein Betrieb finden würde. In Salzgitter-Watenstedt soll gegebenenfalls auch ein Chemieunternehmen einen Standort bekommen.

Arbeitsplatzvernichtung in SALZGITTER
von 1975 bis 1983 mittelfristig abschätzbar

P+S	- 2250	- 2000
VW	- 1800	- 1200
MAN	- 1000	- 1150
LHB	- 200	- 150
SMAG	- 550	- 250
VPS	- 550	- 100
STOLL	- 60	- 30
FREI	- 40	- 80
Blau-●	- 350	

Blaupunkt macht's besonders schlau. Zeitverträge für die Frau.

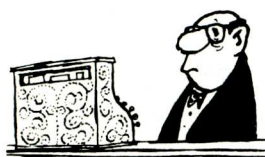
**Wir haben die besseren Argumente
 Schluß mit der Arbeitsplatzvernichtung
 35-Stunden Woche**

Unter den gegebenen Voraussetzungen werden 200 Arbeitsplätze im Schacht Konrad für mindestens 20 Jahre für besser als gar nichts angesehen. Wenn die Lage des Erzbergwerkes nicht von den geologischen Bedingungen abhinge, könnte man meinen, der Bund nutze die schlechte Arbeitsmarktlage der Region und die erhöhte Akzeptanz der Bevölkerung für seine Pläne aus. Für andere Standorte, wie Dragahn und Warkersdorf für eine WAA und Gorleben vorläufig für ein Zwischen- und Endlager, spielte jedenfalls die Strukturschwäche der Regionen eine nicht unwesentliche Rolle. Die Kommunalpolitiker wollten auch gewisse finanzielle Anreize nicht missen. So zahlt die DWK an die Gemeinden Gorleben und Gartow 5 Mio. DM als Ausgleich für Belastungen durch das inzwischen fertiggestellte Zwischenlager und jährlich nochmal 1 Million DM. Finanzprobleme wie in Salzgitter - 1984 fehlen 15 Mio. DM im Etat (SZ, 12.11.83) - wird es in diesen vergleichsweise kleinen Gemeinden sicher nicht mehr geben...

Das Arbeitslosenproblem kann nicht durch eine höhere Erpressbarkeit der Arbeitssuchenden gelöst werden. Die höhere Bereitschaft Arbeitssuchender, auch einen gesundheitlich bedenklichen oder gar belastenden Arbeitsplatz zu besetzen, ist ein von den Unternehmen begrüßter Nebeneffekt der hohen Arbeitslosigkeit. Deren Interesse richtet sich nicht auf Arbeitnehmer, die qualifizierte, vielseitige und verantwortungsvolle Arbeit für ein angemessenes Entgelt suchen und womöglich noch mitbestimmen wollen. Doch dies sind jahrzehntelang Ziele der Gewerkschaften und der großen Mehrheit der Arbeitnehmer gewesen, die zum Teil auch schon erreicht wurden. Heute spüren viele Arbeitnehmer wieder deutlich, daß sie letztendlich Lohnabhängige sind, von denen in erster Linie Wohlverhalten erwartet wird.

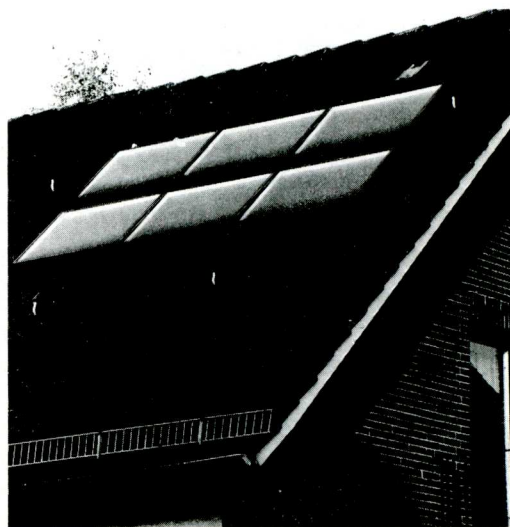
Absichten der Versorgungsunternehmen und Alternativen

Die Strategien der Versorgungsunternehmen heißen Abhängigkeit des Verbrauchers von möglichst nur einem Energieträger (Strom), geschickt getarnte Verschwendung (z.B. Stromwärmepumpe und Nachtspeicherheizung) und unrationelle Anwendung von Energie (Großkraftwerke, Elektroheizung usw.). Sie besitzen eine gewaltige Lobby durch Interessenverfilzung (z.B. Politiker in Aufsichtsräten), deren Aufgabe es in erster Linie ist, die teure Atomstromproduktion politisch zu decken. Denn Forschung und Entwicklung der Atomtechnik haben bis heute zum großen die Steuerzahler aufgebracht – bisher über 20 Milliarden DM. Für die noch ungelöste Entsorgung werden sie weitere Milliarden berappen müssen – auf eine unabsehbare Zeitspanne.



Ein wirkungsvoller Weg zu Arbeitsplätzen und zur Energiebedarfsdeckung wäre gleichzeitig gegen die Absichten der Energiekonzerne gerichtet. So könnten kleinere, von Gemeinden und Städten betriebene Blockheizkraftwerke mit Wärme-Kraft-Kopplung die Preispolitik der Energiemonopole in Grenzen halten. Geringere Umweltbelastung, bessere Ausbeute der eingesetzten Energie und sichere Arbeitsplätze wären der Gegenwert. Ausbau und Wartung von Fernwärmenetzen, bessere Isolations-techniken und Steuer- und Regeleinrichtungen für optimalen Energieeinsatz schufen neue Arbeitsplätze und qualifizierten Fachkräftebedarf.

Ein bundesweiter Ausbau dezentraler Eigenversorgung von Gemeinden, Städten und privaten Verbrauchern hätte eine wichtige auftrags- und beschäftigungspolitische Wirkung besonders für das Handwerk. Eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit kam 1980 zu dem Ergebnis: "Wenn man alle Gebäude der Bundesrepublik weitgehend wärmeisoliert, benötigt man in den nächsten 20 Jahren rund 400.000 neue Arbeitsplätze. Bei der Umstellung von etwa 10 bis 20% der Wärmerzeugung auf Sonnenenergie bis zum Jahr 2000 würden noch einmal über eine Million Arbeitsplätze geschaffen."



Bauern holten die Polizei gegen Meßtrupps zu Hilfe

Seit November 1983 nimmt die Firma GBS (Geophysikalische Bodenuntersuchungen Dr. Schwerdt) im Auftrag der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) seismische Messungen zur Erkundung der Bodenstabilität im Raum Salzgitter vor. Zu diesem Zweck werden im Abstand von 50m 18m tiefe Bohrungen niedergebracht, in denen Sprengladungen gezündet werden. Die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) wurde beauftragt, die für die Messungen notwendigen Einverständniserklärungen der in erster Linie betroffenen Landwirte einzuholen.

Die Landwirte Jürgen Eschemann und Werner Roloff aus Lengede erteilten ihr Einverständnis nicht, da ihre Grundstücke in einem Bergschadensgebiet liegen. Erst 1981 waren sie gezwungen, eine 60.000DM teure Drainageanlage zu verlegen, um den Boden überhaupt bearbeiten zu können. Die Landwirte befürchten, daß durch die Sprengungen der Untergrund absackt und die Drainage zerstört wird. Weil sie nun für mögliche Folgeschäden selbst die Beweislast zu tragen hätten, lehnten sie ihre Zustimmung zu den Messungen ab und untersagten den Betreiberfirmen ausdrücklich das Betreten ihrer Grundstücke.

Trotzdem wurde am 1.3.84 die gesamte Strecke abgepflockt, am 9.3. wurden ohne Wissen der Landwirte Kabel und Geophone ausgelegt sowie Vermessungen vorgenommen. Die Maßnahmen der Betreiber wurden nur per Zufall entdeckt. Daraufhin beseitigten die Landwirte die Gerätschaften von ihren Grundstücken und erstatteten Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch. Gleichzeitig erneuerten sie ihr Verbot, die Grundstücke zu betreten. Am 19., 24. und 25.4.84 wurde seitens der Betreiberfirmen erneut vermessen, diesmal unter der falschen Behauptung, Herr Roloff habe die Messungen genehmigt. Die Polizei fühlte sich nicht zuständig und verhielt sich passiv; eine gerichtliche Unterlassungsverfügung kam zu spät. Die Maßnahmen der Betreiber waren bereits beendet.

Diese Geschehnisse zeigen deutlich, wie Betreiber von Atomanlagen mit kritischen, besorgten Bürgern umgehen. Zum einen wird stets der Anschein einer objektiven, bürgernahen Informationspolitik erweckt; die Betreiber stellen sich als ehrliche Makler übergeordneter Interessen dar. Zum anderen jedoch – wenn nämlich diese Interessen gefährdet scheinen – schrecken die Betreiber vor keiner Maßnahme zurück. In diesem Fall führte die berechtigte Sorge einiger Landwirte zur Verweigerung der Zustimmung. Anstatt nun auf diese Bedenken einzugehen, vertrösteten die Betreiber die Betroffenen auf obskure Gespräche und fangen im gleichen Augenblick an, auch ohne Erlaubnis ihre Maßnahmen durchzusetzen. Auch eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch wirkt da nicht mehr als Abschreckung. Es ist zu vermuten, daß die zu zahlende Strafe schon längst durch irgendeinen Etat abgedeckt ist. Die Verschaukelungspolitik der Betreiber macht schließlich auch vor der Polizei nicht Halt, der erklärt worden war, einer der Landwirte habe sein Einverständnis erteilt.

Faßt man die Aktionen der Betreiberfirmen kurz zusammen, so ergibt sich, daß die Kooperationsbereitschaft dieser Unternehmen nur vorgetäuscht ist. Gespräche werden nur solange geführt, wie sie auf Linie der Betreiber liegen. Verlassen einzelne Betroffene nun – aus welchen Gründen auch immer – diese Linie, so bekommen sie die Finanzkraft der Atomlobby zu spüren: Während diese ihre finanzielle Übermacht voll in die Waagschale werfen kann, geht jede Verzögerung, die die Landwirte durch ihre Wachsamkeit erreichten, voll auf ihre Kosten. Zudem kann wohl kaum verlangt werden, daß die Landwirte oder die Polizei Tag und Nacht einen Acker bewachen, um Betreiberfirmen vom Bruch bestehender Gesetze abzuhalten.

Die Landwirte, die aufgrund dieser Geschehnisse ihre Zustimmung widerrufen haben, verdienen unsere Anerkennung. Gleichzeitig ist die Frage zu stellen, ob es einem Bundesunternehmen wie der PTB ansteht, sich solcher Methoden zu bedienen. Diese Frage ist insbesondere unter Berücksichtigung des Planfeststellungsverfahrens zu betrachten, daß verantwortlich von der PTB durchgeführt wird. Eine sachgerechte und objektive Durchführung des Planfeststellungsverfahrens ist unter verantwortlicher Leitung der PTB nicht vorstellbar.

„Das ist Landfriedensbruch“, schimpfte am Mittwochnachmittag Jürgen Eschemann. „Verlassen Sie sofort das Gelände und packen Sie ihre Ausrüstung gleich ein, sonst räumen wir den Acker selbst ab“, machte der Broistedter seinem Unmut Luft. Die Mitarbeiter der Firma Geophysikalische Bodenuntersuchungen Dr. Schwerdt

(GBS), die im Auftrag der Physikalischen Bundesanstalt (PTB) Messungen vornehmen wollten, rückten allerdings erst ab, als Polizei und der Nachbar, dem das Feld gehört, erschienen waren. SZ-Woche 29.4.84

Der Streit um die seismischen Messungen rund um die Schachanlage Konrad schwelt schon länger. Bereits im November 1983 kündigte die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE), Peine, seismische Untersuchungen im Gebiet Salzgitter, Wolfenbüttel, Vechelde, Lengede und Cramme an. Die Untersuchungen sollen Aufschluß über die Bodenbeschaf-

fenheit rund um den Schacht Konrad geben und gehören mit zur Eignungsuntersuchung.

Im Abstand von 80 Metern werden dabei Sprengladungen in einer Tiefe von 18 Metern gezündet und die dadurch entstehenden Schallwellen von Spezialmikrophonen aufgezeichnet. Die Untersuchungen sind vom Bergamt in Goslar genehmigt, soweit die betroffenen Grundstückseigentümer zustimmen.

Jürgen Eschemann und Werner Roloff aus Lengede stimmen nicht zu. Die beiden Landwirte befürchten, daß sich durch die Sprengungen der Untergrund absenkt: „Unser Land liegt über dem ehemaligen heute mit Wasser gefluteten Erdbergbau. Wenn sich durch die Sprengungen hier Risse bilden, würde dies eine Absenkung zur Folge haben.“ Eschemann und Roloff hatten erst 1981 für 60 000 Mark Drainage in den Boden gelegt, um ihre Felder bearbeiten zu können. Da bei möglichen Folgeschäden sie die Beweislast zu tragen hätten, haben die beiden Bauern ihre Einwilligung abgelehnt.

Trotzdem hatten die Techniker mehrfach die Felder der beiden Landwirte betreten und Meßkabel ausgelegt. Dabei kam es, wie auch am Mittwoch zu heftigen Auseinandersetzungen und Streitereien.

Ein Einsatzleiter der Firma versuchte das Vorgehen seiner Leute zu rechtfertigen: „Wir haben die müdliche Zusage von Herrn Roloff.“ Erst als nach 45 Minuten die Polizei eintraf, und Werner Roloff den Beamten bestätigte, daß er den GBS-Leuten das Betreten seines Feldes nicht erlaubt habe, zogen die Spezialisten mit ihren Meßinstrumenten wieder ab.



Große Aufregung in der Feldmark zwischen Broistedt und SZ-Lebenstedt.

Foto: Grütter

19.

Fachwortverzeichnis:

Abfallarten: L441 ist ein schwachaktiver, ohne Bindemittel verpreßter Abfall aus Landessammelstellen, W441 ebensolcher aus der Wiederaufarbeitung.

Brauchwasser: Wasser, das in der Grube z.B. zum Besprühen der Fahrbahn oder beim Bohren zur Verringerung der Staubbentwicklung benötigt wird.

Hilssandstein: Stark wasserführender Sandstein, im Schacht Konrad 2 aufgeschlossen

- (1) Emissionen: Bezeichnet die von einer (festen oder beweglichen) Anlage oder von Produkten an die Umwelt abgegebenen Luftverunreinigungen (Gase, Stäube), Strahlen, Wärme (Abwärme von Kühltürmen), Erschütterungen und ähnliche Erscheinungen.
- (2) geologische Barriere: Natürliche Vorrichtung, die dem Einschluß radioaktiver Stoffe und darüber hinaus ggf. auch der Abschirmung von Strahlung und Wasser dient.
- (3) Smektit: Tonmineral
- (4) Sorptionsvermögen: Fähigkeit, die Ausbreitung im Grundwasser gelöster Stoffe zu verlangsamen.
- (5) Radionuklid: Radioaktive Atomsorte.
- (6) Petrographie: Lehre von den Gesteinen.
- (7) kontaminiert: Radioaktiv verstrahlt.
- (8) spezifiziert: Einzeln aufgeführt, einzeln verzeichnet
- (9) Korrosiv: Chemisch angriffslustig, zersetzend
- (10) Radionuklidinventar: Gesamtmenge an Radionukliden, z.B. in einer Einlagerungskammer
Einlagerungskammer.
- (11) Strahlenexposition : Strahlenbelastung
- (12) Oberflächendosisleistung: Intensität der Strahlung an der Oberfläche der Abfallgebinde
- (13) Über-Konservativ: Zu pessimistisch, zu sehr auf der sicheren Seite liegend.

Literaturhinweise

Sorgenbericht der Atommüllkonferenz - Entgegnung auf den Entsorgungsbericht der Bundesregierung vom 30. August 1983 an den Deutschen Bundestag. Bezug: Braunschweiger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Jasperallee 32, 3300 Braunschweig.

Rundbriefe des Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter e.V..
Bezug: E. Hehenberger, Fuhsestraße 11, 3320 Salzgitter 1.

Morgan, Karl.: Gefahren durch Strahlung geringer Intensität.
Berlin 1978

Sternglass, Ernest: Radioaktive "Niedrig"strahlung. Strahlenschäden bei Kindern und Ungeborenen. Berlin 1977

- Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie: Unterrichtseinheit Atomenergie. Göttingen 1982
- Gruppe Ökologie: Argumente gegen die Atomenergienutzung. Hannover '82
- Jungk, Robert: Der Atomstaat. Reinbek 1981
- Strohm, Holger: Friedlich in die Katastrophe. Eine Dokumentation über Atomkraftwerke. Frankfurt a.M. 1981
- Traube, Klaus u. Otto Ulrich: Billiger Atomstrom? Wie die Interessen der Elektrizitätswirtschaft die Energiepolitik bestimmen. Reinbek 1982
- Witt, Detlef u. Verena Lorenz-Meyer: Atomkraft - Atombombe. Berlin '83
- Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung: Abschlußbericht, Eignungsprüfung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung radioaktiver Abfälle, GSF - T 136, 1982
- Physikalisch-Technische-Bundesanstalt (PTB): Plan - Endlager für radioaktive Abfälle-Kurzfassung- Schachtanlage Konrad Salzgitter. Stand Oktober 1983

BUNDESMINISTERIUM VERBIETET GSF AUFTRITT IN SALZGITTER

Der Umweltausschuß der Stadt Salzgitter hatte die Gruppe Ökologie (GÖK) und die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF) am 11.4.84 zu einer öffentlichen Sitzung geladen.

Hier sollte einerseits die GÖK ihr Bewertungsgutachten über den Endbericht der GSF zum Schacht Konrad vertreten, andererseits die GSF die Gelegenheit zur Gegenrede haben. Sicherlich eine gute Möglichkeit zur Meinungsbildung für den Umweltausschuß.

Doch das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT), Auftraggeber der Eignungsuntersuchungen, verbot der GSF an dieser Diskussion teilzunehmen.

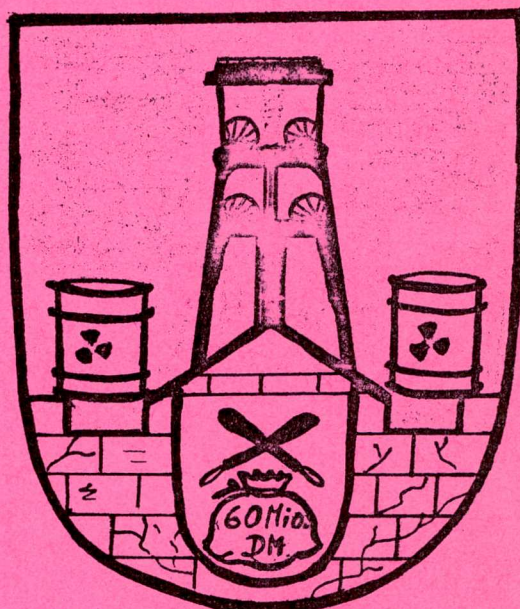
In einem Schreiben an den Oberstadtdirektor vom 28.3.84 verwies das Ministerium auf den Abschluß der Eignungsuntersuchungen der GSF. Somit habe "die PTB die Federführung für das Projekt Konrad übernommen und am 31.8.82 bei der zuständigen Behörde des Landes Niedersachsen das Planfeststellungsverfahren eingeleitet."

Dies würde bedeuten, die GSF ist für die Beweisführung der Eignung der Schachtanlage Konrad für Atommüll nicht mehr zuständig. Besonderen Wert auf die "Federführung" der PTB legt das Bundesministerium erst seit dem Zeitpunkt, da die GSF Federn lassen mußte - nämlich seit es das Gutachten der GÖK gibt.

Alle Beteiligten können somit jederzeit jegliche Zuständigkeiten von sich weisen. Die PTB behauptet sogar, die Beanstandungen der GÖK inzwischen mit berücksichtigt zu haben, während sie sich noch vor der Veröffentlichung von dessen Unbedeutsamkeit überzeugt gab (Salzg.Ztg.27.1.83).

Im Rahmen des laufenden Planfeststellungsverfahrens hat der Niedersächsische Minister für Bundesangelegenheiten die Stadt SZ am 24.2.84 aufgefordert, eine erste Stellungnahme bis zum 31.5.84 abzugeben. Die Stadt hat aufgrund der genannten Vorgänge eine Stellungnahme vorläufig verweigert.

Vorwort.....	1
Chronik.....	2
Einleitung zum GÖK-Gutachten.....	5
Das GÖK-Gutachten in Kurzfassung.....	7
Geologie.....	8
Gebirgsmechanik und Bergtechnik.....	9
Abfalltechnik.....	10
Strahlenschutz und Emissionen.....	10
Stör- und Unfallbetrachtungen.....	10
Zusammenfassung.....	12
Schlußbemerkung zum Gutachten.....	12
Selbstdarstellung der Gruppe Ökologie Hannover.....	13
Stellungnahme der Grünen Salzgitter.....	15
Befürchtungen aus landwirtschaftlicher Sicht.....	16
Atommüll für Arbeitslose.....	17
Bauern holten die Polizei gegen Meßtrupp zu Hilfe.....	19
Fachwortverzeichnis.....	21
Sachwortverzeichnis.....	21/22
Bundesministerium verbietet GSF Auftritt in Salzgitter.....	22



IMPRESSUM:

Umweltschutzforum Schacht Konrad Salzgitter e.V.,
c/o E.Hehenberger, Fuhsestr.11, 3320 Salzgitter-1
Die GRÜNEN, Swindonstr.55, 3320 Salzgitter-1
Arbeitskreis gegen Atomenergie Salzgitter,
c/o Werner Gent, Buchenwall 6, 3325 Lengede

